

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates (Auszug)

Waldshut-Tiengen,
27. Juli 2020

Beginn der Sitzung: 18:03 Uhr
Ende der Sitzung: 21:34 Uhr

Ort:	Waldshut, Stadthalle	Öffentliche Sitzung
------	-------------------------	------------------------

Zu Beginn der Sitzung stellt Oberbürgermeister stellt die Frage, ob es – neben der bereits bekannten Einwendung von Adelheid Kummle – Einwendungen zum Protokoll der Sitzung vom 22. Juni 2020 gibt und stellt fest, dass dies nicht der Fall ist.

Oberbürgermeister Dr. Frank stellt die Frage, ob es Änderungswünsche der Tagesordnung gibt und stellt fest, dass dies nicht der Fall ist.

Vorab wurde per eMail bekannt gegeben, dass der Tagesordnungspunkt 7 – Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen an verschiedenen Schulen – von der Tagesordnung abgesetzt werde und im nichtöffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung nähere Informationen folgen würden.

Auf Nachfrage von Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, warum man dies nichtöffentlich behandle, erläutert Bürgermeister Joachim Baumert, dass die angemeldeten Haushaltsmittel in unkorrekter Höhe angemeldet wurden. Da derzeit keine verlässlichen Zahlen vorlägen, wäre eine öffentliche Behandlung der Thematik nicht zielführend. Er bestätigt weiter, dass die Zahlen in einer der nächsten Sitzungen aufgearbeitet vorgelegt würden.

72.

Fragestunde

Flächenverbrauch

Ein Bürger stellt die Frage, wie sich der Flächenverbrauch (Umwandlung von Grünflächen in Bauland, Verkehrsflächen, Industrieflächen) in Waldshut-Tiengen in den letzten 50 Jahren entwickelt habe und bittet um ausführlichen Bericht.

Oberbürgermeister Dr. Philipp Frank nimmt das Anliegen zur Kenntnis und sichert Rückmeldung zu.

Informationsheft „Statistik Kommunal“

Ein Bürger informiert, dass es ein neues Informationsheft über die Gemeinden in Baden-Württemberg „Statistik Kommunal“ gebe.

Oberbürgermeister Dr. Philipp Frank bittet um Verständnis, dass nur Fragen und Anregungen auf kommunaler Themenebene, d.h. die die Stadt und deren Aufgaben betreffen, vorgetragen werden sollten.

Stauproblematik Gewerbepark Hochrhein

Ein Bürger, Besitzer einer Kfz.-Werkstatt im Gewerbepark, spricht die Verkehrs- bzw. Stauproblematik auf der B 34 an und stellt die Frage nach der Zuständigkeit. Aufgrund des Staus käme es zu starken Lieferverzögerungen von Ersatzteilen und darauf beruhend zu Überstunden. Teils müsse das Fahrrad als Alternative genommen werden, um nicht dem Stau ausgesetzt zu sein.

Er informiert, dass an einem Handwerkerfrühstück vor vier Jahren das Thema bereits diskutiert worden sei und fragt, ob nicht die Schaffung einer Fläche für LKW neben der Straße, mit Toilette und Duschen, eine Möglichkeit wäre.

Oberbürgermeister Dr. Philipp Frank erläutert, dass grundsätzlich der Bund (Polizei) für Bundesstraßen zuständig sei. Die Stadt sei aber aktiv dabei, an Lösungen zu arbeiten. Hierzu habe es bereits Gespräche auf Bundesebene gegeben, ebenso mit Unternehmen, die Gewerbeflächen als möglichen Vorstauraum zur Verfügung stellen würden. Hier wäre der Bund gefordert, Gelder zur Verfügung zu stellen; jedoch sei das Thema Widmungsrecht eine Hürde, die derzeit beim Regierungspräsidium zur Prüfung vorliege. Ebenfalls hätten schon Gespräche in Bezug auf eine zweite Rheinbrücke stattgefunden. Bestenfalls könne in diesem Jahr noch eine Absichtserklärung unterschrieben werden.

Mikro-Anlage

Ein Bürger regt eine bessere Technik (Akustik) für den Zuhörer-Bereich an.

Alexander Erne, EDV, erklärt, dass dies technisch leider nicht besser möglich sei.

73.

Ausscheiden aus dem Gemeinderat:

Antrag von Stadtrat Gerhard Vollmer

Oberbürgermeister Dr. Philipp Frank führt in die Sitzungsvorlage ein und verliest den politischen Werdegang des aus dem Gemeinderat ausscheidenden Gerhard Vollmer, SPD-Fraktion.

1. Beschluss:

Der Gemeinderat stellt fest: Der von Stadtrat Gerhard Vollmer für sein Ausscheiden aus dem Gemeinderat vorgebrachte Grund ist ein „wichtiger Grund“ im Sinne von § 16 Abs. 1 GemO, sodass er gemäß seinem Antrag aus dem Gemeinderat ausscheidet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

2. Beschluss:

Der Gemeinderat stellt fest: Der von Ersatzbewerberin Adelheid Jäger für die Ablehnung vorgebrachte Grund ist ein „wichtiger Grund“ im Sinne von § 16 Abs. 1 GemO.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

3. Beschluss:

Der Gemeinderat stellt fest: Für den ausscheidenden Gerhard Vollmer rückt der als nächster Ersatzbewerber festgestellte Dieter Flügel in den Gemeinderat nach.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

4. Beschluss:

Der Gemeinderat stellt fest: Für den in den Gemeinderat nachrückenden Dieter Flügel liegen keine Hinderungsgründe im Sinne von § 29 GemO vor.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Dieter Flügel, SPD-Fraktion, wird als nachrückender Stadtrat gemäß §32 Abs. 1 GemO durch Oberbürgermeister Dr. Philipp Frank öffentlich auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Amtspflichten verpflichtet. Dieter Flügel wurde die Verpflichtungsformel vorgetragen. Er bestätigte, deren Inhalt verstanden zu haben und wiederholte diese. Zudem unterschrieb er die beigefügte Niederschrift über die Verpflichtung.

Oberbürgermeister Dr. Philipp Frank nimmt dies zum Anlass, darüber zu informieren, dass Claudia Hecht den Fraktionsvorsitz im Gemeinderat übernehme.

b) Besetzung der Ausschüsse und sonstigen Gremien

Stadträtin Claudia Hecht, SPD-Fraktion, erläutert den Vorschlag der SPD-Fraktion zur Neubesetzung der Ausschüsse und sonstigen Gremien nach dem Ausscheiden von Gerhard Vollmer und dem Nachrücken von Dieter Flügel. Der Vorschlag wurde als Tischvorlage vor der Sitzung ausgegeben und ist dem Protokoll beigelegt.

Beschluss:

Die Mitglieder bzw. Vertreter der Ausschüsse und sonstigen Gremien werden gemäß beigelegter Anlage neu bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

74.

Kornhaus Waldshut:

Vorstellung Konzept und Entwurf Stadtbibliothek

Oberbürgermeister Dr. Frank und Kerstin Simon, Kulturamtsleiterin, führen in die Sitzungsvorlage ein und begrüßen Architekt Martin Klein-Wiele, UKW, zu diesem Tagesordnungspunkt.

Architekt Martin Klein-Wiele stellt das Büro UKW samt vorheriger Projekte und Erfahrungen vor, bevor er die Planungen und das Konzept zur Stadtbibliothek Waldshut anhand einer Präsentation vorstellt. Darin ist auch der Kostenüberblick / die Kostenberechnung aufgeführt, bei dem bereits Kürzungen vorgenommen worden seien. Der vorgelegte Zeitplan sei nicht mehr aktuell.

Kerstin Simon, Kulturamtsleiterin, ergänzt, dass Kürzungen im Bereich Medientechnik vorgenommen worden seien, da dieser Bereich auch vorher nicht vorhanden gewesen sei. Man habe sich am Wunsch zur Einhaltung der 160.000 Euro bei der Ausstattung orientiert.

Stadtrat Dr. Philipp Studinger, CDU-Fraktion, bittet darum, den Beschlussantrag klarer zu formulieren, sodass vor der Haushaltsberatung kein Auftrag vergeben werde.

Auf Nachfrage von Stadträtin Nathalie Rindt, CDU-Fraktion, ob sich bei der vergrößerten Bibliothek mit Open-Library-Konzept auch die personalgeführten Öffnungszeiten verlängern würden, erläuterte Kerstin Simon, dass dies ohne Aufstockung des Personals nicht möglich sei.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss: (Geänderte Fassung)

Der Gemeinderat stimmt dem inhaltlichen Konzept für die Neuausrichtung der Stadtbibliothek Waldshut sowie dem darauf basierenden Entwurf des Innenarchitekturbüros UKW zu und beauftragt das Hochbauamt und das Kulturamt mit der Ausführungsplanung. Vor einer weiteren Umsetzung wird im Rahmen der Haushaltsberatung für 2021 über die Mittelbereitstellung gesondert beraten.

Abstimmungsergebnis:

22 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

75.

Bildung eines gemeinsamen Gutachterausschusses für den östlichen Landkreis bei der Stadt Waldshut-Tiengen:

Sachstandsbericht und Beschlussfassung

Bürgermeister Joachim Baumert führt in Sitzungsvorlage ein.

Auf Nachfrage von Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, erläutert Bürgermeister Joachim Baumert, dass die Stellenausschreibungen zur Personalfindung der Gutachterausschüsse des östlichen und westlichen Landkreises gleichzeitig erfolgen sollen.

Auf Nachfrage von Stadträtin Claudia Linke, GRÜNE-Fraktion, erläutert Bürgermeister Joachim Baumert, dass jede Gemeinde sich entsprechend einbringen müsse – auch bei der Bereitstellung von Räumlichkeiten durch die Stadt Waldshut-Tiengen. Entstehende Kosten für die Unterbringung werden entsprechend umgelegt. Die Brandschutzertüchtigung städtischer Gebäude, die als Ort in Frage kommen, obliege jedoch der Stadt.

Auf Nachfrage von Stadträtin Claudia Linke, GRÜNE-Fraktion, erläutert Bürgermeister Joachim Baumert, dass Schadensersatzansprüche, die aufgrund einer nicht vollständigen Informationsübertragung entstehen, nicht bei der Stadt Waldshut-Tiengen geltend gemacht werden könnten.

Nach weiterer Erörterung.

Beschluss:

Auf Grundlage der beigefügten Kooperationsvereinbarung wird die Verwaltung beauftragt, den Gutachterausschuss des östlichen Landkreises bei der Stadt Waldshut-Tiengen anzusiedeln. Der Gemeinderat stimmt dem festgestellten Personalbedarf von 4,0 Arbeitskräften für die Geschäftsstelle zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Der Entwurf der Kooperationsvereinbarung ist dem Protokoll beigefügt.

76.

Märkte- und Zentrenkonzept der Stadt Waldshut-Tiengen:

Änderung der Sortimentsliste in Bezug auf Zoobedarf-Tiermöbel und lebende Tiere

Bürgermeister Joachim Baumert führt in Sitzungsvorlage ein.

Stadtrat Dr. Philipp Studinger, CDU-Fraktion, regt an, eine gesamthafte Entscheidung über die Sortimentsliste nach Fertigstellung des Zentrenkonzeptes zu treffen und somit keine Einzelfallentscheidung in der heutigen Sitzung zu beschließen.

Stadträtin Claudia Hecht, SPD-Fraktion, informiert, dass die SPD-Fraktion lebende Tiere und Tiermöbel nicht als zentrenrelevant, Nahrung und Pflegemittel für Tiere jedoch weiterhin als zentrenrelevant ansehe und würde entsprechend einen Antrag stellen, solle über die Zentrenrelevanz heute abgestimmt werden.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, wolle über die Sortimentsliste im Rahmen eines zeitnah aufzulegenden aktuellen und belastbaren Gesamtkonzeptes entscheiden, mit Festlegung eines Fertigstellungsdatums und Beschlussfassung. Bei Erstellung solle auch eine Abgrenzung des räumlichen Faktors miteinbezogen werden. Als Möglichkeit zur Aufarbeitung könne ein Ausschuss gebildet werden.

Oberbürgermeister Dr. Philipp Frank erläutert, dass Unternehmen eine Entscheidung erwarten würden. Die rechtliche Entwicklung zeige, dass die Einordnung von Lebewesen als zentrenrelevant nicht mehr aktuell sei. Dies sei aber nicht als Maßnahme gegen die Innenstadt zu sehen. Eine Zeitverzögerung in der Überarbeitung des Zentrenkonzeptes habe sich aufgrund personeller Veränderungen im Büro Acocella ergeben.

Stadtrat Dr. Philipp Studinger, CDU-Fraktion, stellt die Frage, wie das Zentrenkonzept geographisch definiert sei.

Nach weiterer Erörterung stellt Stadtrat Dr. Philipp Studinger Antrag zu geänderter Beschlussfassung. Diese Vorgehensweise findet Zustimmung.

Beschluss: (Antrag Dr. Philipp Studinger, CDU-Fraktion)

Der Gemeinderat nimmt das Gutachten CIMA -Stuttgart, Oktober 2014 zur Kenntnis. Über die Sortimentsliste wird im Zuge der Entscheidung des fertiggestellten Zentrenkonzeptes entschieden – möglichst noch im Jahr 2020.

Abstimmungsergebnis:

20 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
4 Enthaltung

77.

**Anordnung verkehrsregelnder Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsflusses durch Waldshut:
Zustimmung zu einer Pilotphase**

Jürgen Wiener, Straßenverkehrsbehörde, führt mit einer bebilderten Präsentation in die Sitzungsvorlage ein.

Stadtrat Peter Kaiser, CDU-Fraktion, stellt aufgrund von Bedenken hinsichtlich der Folgen für stehenden und fahrenden Verkehr den Antrag auf Änderung der Beschlussfassung in zwei Teilen. Es solle erst grundsätzlich für eine Pilotphase gestimmt werden und im zweiten Teil die Pilotphase auf einen Monat verkürzt und zeitlich nach den Sommerferien angesetzt werden.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, lehnt die Pilotphase ab. Er bittet um Überlegungen hinsichtlich folgender alternativen Verkehrsänderung zur Verbesserung des Verkehrsflusses: Der Verkehr aus Westen solle nicht geradeaus über die Brücke fahren können.

Jürgen Wiener, Straßenverkehrsbehörde, erläutert, dass der Beginn der Pilotphase absichtlich in den Ferien geplant worden sei, um eine sanftere Einführungsphase zu generieren. Die Maßnahme könne bei negativen Auswirkungen jederzeit vorzeitig aufgehoben werden. Die Maßnahme in den Beginn der Schulzeit zu legen, würde nicht funktionieren. Die Pilotphase solle den Problemen der Geradeausfahrer auf der B34 entgegenwirken, nicht den Brückenbefahrern. Den Vorschlag von Stadtrat Würtenberger würde er aufnehmen.

Claudio Helling, Ortsvorsteher Gurtweil, bittet um Rücksichtnahme auf den Verkehr in Gurtweil. Es bestehe die Gefahr, dass bei Stau in der Bismarckstraße noch mehr Verkehrsteilnehmer sich für die Alternativroute über Gurtweil entscheiden könnten.

Jürgen Wiener, Straßenverkehrsbehörde, erläutert auf Nachfrage, dass die Ampelanlagen nach verschiedenen programmierbaren Steuereinheiten reagieren würden, bei denen man jede Lichtphase mit einer Mindest- und Höchstschaltzeit belegen könne. Die Ampelanlage auf Höhe der Sparkasse in der Bismarckstraße werde wieder in Betrieb genommen, wenn die Busse entsprechend mit GPS ausgestattet seien, da diese die Schaltzeiten nach dem ein- und ausfahrenden Busverkehr richte.

Die Frage von Stadtrat Dieter Flügel, SPD-Fraktion, ob ein Prozessverkehr des gesamten Fließverkehrs möglich sei, werde Jürgen Wiener, Straßenverkehrsbehörde, aufnehmen und eine diesbezügliche Antwort nachreichen.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss 1: (Antrag Peter Kaiser, CDU-Fraktion)

Der Gemeinderat befürwortet die provisorische Anordnung verkehrsregelnder Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsflusses der B34 durch Waldshut.

Abstimmungsergebnis:

19 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Beschluss 2: (Antrag Peter Kaiser, CDU-Fraktion)

Der Gemeinderat befürwortet eine einmonatige Pilotphase nach den Sommer-Schulferien.

Abstimmungsergebnis:

17 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

78.

Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen an verschiedenen Schulen: Bewilligung überplanmäßiger Mittel

Dieser Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.

79.

Spenden

Oberbürgermeister Dr. Frank verliest den Vorschlag zur Spendenvermittlung der Sparkasse Hochrhein an den „Förderverein Hospiz für den Landkreis Waldshut“, die „Nachbarschaftshilfe Waldshut-Tiengen“ und das „Wildgehege Waldshut“ und zeigt die Vorschläge anhand einer Präsentation auf. Der Beschlussantrag wurde im Verwaltungs- und Sozialausschuss vorberaten. Dieser empfiehlt dem Gemeinderat die Zustimmung.

Ohne weitere Erläuterung.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Vermittlung von Spenden an den „Förderverein Hospiz für den Landkreis Waldshut“ in Höhe von 2.000 €, sowie an die „Nachbarschaftshilfe Waldshut-Tiengen“ und das „Wildgehege Waldshut“ in Höhe von jeweils 1.500 € nach dem Vorschlag der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Stadtrat Peter Kaiser, CDU-Fraktion, hat wegen Befangenheit an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

80.

Bekanntgaben

Bürgermeister Joachim Baumert informiert über folgende Punkte:

Klettgau-Carré

In der Sitzung vom 13.07.2020 habe Herr Claus Schleith dem Gemeinderat das Klettgau-Carré mit reduziertem Baukörper vorgestellt. Auf Arbeitsebene habe es zwischenzeitlich

zwei Treffen gegeben, mit der Einreichung des Änderungsbaugesuches sei bis in vier Wochen zu rechnen.

Vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft

Die Sitzung der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft sei am 20.07.2020 erfolgt, der Abwägungs- und Feststellungsbeschlusses zur 8. Änderung FNP sei gefasst worden. Auf dieser Basis könne die Gemeinde Dogern ihren Bebauungsplan zum Neubau Feuerwehr und Kindergarten nun rechtskräftig werden lassen.

Kooperationsvereinbarung BPD – Bergstadt III

Das Projekt Bergstadt III sei auf Eis gelegt. Die Kooperationsvereinbarung mit BPD lief aus, da die Vorstellungen zu weit auseinanderlagen. Das Projekt werde wieder aufgenommen, wenn das Stadtplanungsamt besetzt sei.

Radwegekonzept

Der gemeinsame Termin für das künftige Radwegekonzept werde im September 2020 erfolgen. Der ursprünglich vorgesehene Termin sei aufgrund Corona vertagt worden.

Gehwegbau Bürglen - Gurtweil

Die Submission zur Stützmauer und Gehwegbau in Gurtweil – Bürglen erfolge am 28.07.2020. Die Vergabe sei in der Septembersitzung vorgesehen.

81.

Verschiedenes

Schließung Schlüchtbrücke Gurtweil

Stadträtin Nathalie Rindt, CDU-Fraktion, stellt den Antrag, die Schließung der Schlüchtbrücke in Gurtweil auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen.

Baumbewuchs Innenstadt Waldshut

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, merkt an, dass Gäste in Waldshut oft nicht wüssten, wo sich der Rhein befinde. Auch der Generationenplatz sei schwer zu finden. Er regt an, das Seltenbachtal vom Baumbewuchs zu befreien. Auch an der Heinrich-Hansjakob-Schule, im Bereich des Oberen Tores und der katholischen Kirche sei alles zugewachsen. Man könne diese Bereiche alternativ mit niedrigem Bewuchs kultivieren. Er bittet die Verwaltung, sich Gedanken zu diesem Thema zu machen.

Probetrieb Musikvereine Gurtweil

Claudio Helling, Ortsvorsteher Gurtweil, dankt der Verwaltung für die kurzfristige Kompromisslösung im Namen der Gurtweiler Musikvereine und die Möglichkeit der Nutzung der Gemeindehalle für coronakonforme Musikproben.

Verkehrslärm Waldshuter Innenstadt

Stadtrat Raimund Walde, FDP-Fraktion, weist auf den Verkehrslärm in der Waldshuter Innenstadt, vor allem auch in den Nachtstunden, hin.

Radfahrverkehr Innenstadt Waldshut und Rheinweg

Stadtrat Raimund Walde, FDP-Fraktion, weist auf die Gefahr für Passanten durch den Radfahrverkehr in der Innenstadt und entlang des Rheinwegs hin.

Fußgängerunterführung Waldtorstraße

Stadtrat Raimund Walde, FDP-Fraktion, weist auf die unzureichende Beleuchtung der Fußgängerunterführung bei der Waldtorstraße hin. Diese sei zudem auch nicht schön

gestaltet. Der Missstand der mangelnden Beleuchtung müsse beseitigt werden. Seitens der Stadtwerke sei keine Rückmeldung diesbezüglich erfolgt.

Schaffung einer Mobilitätsplattform

Stadtrat Dr. Philipp Studinger, CDU-Fraktion, stellt den Antrag, das Thema „Schaffung einer Mobilitätsplattform für Waldshut-Tiengen für eine nachhaltige Mobilität“ in der September-Sitzung zu thematisieren. Eine Mail hierzu sei bereits an Oberbürgermeister Dr. Philipp Frank am 27.07.2020 erfolgt.

Oberbürgermeister Dr. Philipp Frank sieht dies als wichtiges Thema an. Er bittet um mehr Zeit zur angemessenen Aufarbeitung dieses Themas, da die Stadtplanung derzeit nicht besetzt sei.

Sofortausstattungsprogramm als Zusatzvereinbarung zum DigitalPakt Schule

Brigitte Reichmann, Sachbearbeitung Schulen, führt in die Thematik ein: Aufgrund der Corona-Pandemie sei der Unterricht an den öffentlichen Schulen bis auf weiteres im Wechsel von Präsenzunterricht in der Schule und Fernlernphasen in Heimarbeit umgesetzt worden.

Zur Bereitstellung digitaler Endgeräte, die von den Schulträgern an Schülerinnen und Schüler zur Teilnahme am Online-Fernunterricht und an digitalen Fernlernangeboten ausgeliehen werden sollen, einschließlich der Inbetriebnahme und des für den Einsatz erforderlichen Zubehörs, stelle der Bund den Ländern im Rahmen eines Sofortausstattungsprogramms, das als Zusatzvereinbarung zum DigitalPakt Schule realisiert werde, 500 Millionen Euro zur Verfügung.

Die gemäß dem Königsteiner Schlüssel auf das Land Baden-Württemberg entfallenden Mittel in Höhe von circa 65 Millionen Euro würden durch Landesmittel auf rund 130 Millionen Euro verdoppelt werden. Auf Grundlage des Verhältnisses der Gesamtschülerzahl des Schulträgers zur Gesamtschülerzahl in Baden-Württemberg zum Stichtag der Schulschließung am 17. März 2020 habe Waldshut-Tiengen bereits Fördermittel in Höhe von 354.690 Euro erhalten.

Für neun Schulen in Trägerschaft der Stadt Waldshut-Tiengen werde die Lieferung von Notebooks und Notebooks „Convertible“ ausgeschrieben. Das Ergebnis der Ausschreibung werde voraussichtlich Mitte August vorliegen.

Aufgrund des geschätzten Auftragswerts sei gemäß Hauptsatzung der Stadt Waldshut-Tiengen regulär der Gemeinderat für die Beschlussfassung über die Vergabe zuständig. Um die schnellstmögliche Lieferung und die daran anschließende technische Installation sicherzustellen, solle der Zuschlag sofort nach Ende der Auswertung der Angebote erfolgen.

Zur Vermeidung von Verzögerungen gebe es zwei gangbare Wege:

1. Der Gemeinderat tritt in der Sommerpause zu einer Sondersitzung zusammen
oder
2. Der Gemeinderat erklärt sich einverstanden, die Vergabeentscheidung im Rahmen einer Eilentscheidung des Oberbürgermeisters erfolgen zu lassen. Die Verwaltung würde vor der Eilentscheidung über das Ergebnis der Ausschreibung per Mail berichten.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, regt an, die soziale Stellung der Schüler ebenfalls in die Vergabe der Geräte an die Schulen zu berücksichtigen und diese nicht nur anhand der Schülerzahlen zu verteilen.

Nach weiterer Erörterung stimmt der Gemeinderat einer Eilentscheidung des Oberbürgermeisters in den Sommerferien zu.

gez:
Dr. Philipp Frank, Oberbürgermeister

gez.
Stephanie Meyer, Protokollführerin